



Erhard Grundl

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-79006

Fax: +49 30 227-70009

E-Mail : erhard.grundl@bundestag.de

28.11.2018

NS-Raubkunst: Provenienzforschung als Chance begreifen und proaktiv voranbringen

Anlässlich der internationalen Konferenz „20 Jahre Washingtoner Prinzipien“ in Berlin, die heute zu Ende geht, erklärt Erhard Grundl MdB, Sprecher für Kulturpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Provenienzforschung ist ein Beitrag zur Kunstgeschichte und sollte als solcher betrachtet werden. Für viele Museen ist die Aufforderung die Herkunft ihrer Sammlungen auf nationalsozialistische Raubkunst hin zu prüfen, eine Herausforderung, aber auch die Chance, Schätze in ihrem Fundus zu finden. Zudem kann die Erzählung darüber wie ein Museum in den Besitz eines Werkes gelangte, für Museumsbesucher als Teil gelebter Geschichte von großem Interesse sein.

So gesehen ist das Bekenntnis von Staatsministerin Grütters zu den Washingtoner Prinzipien und die Ankündigung durch eine Reform der Limbach-Kommission eine einseitige Anrufung von Antragstellern zu erleichtern, positiv zu werten. Dass diese Ankündigung werbewirksam kurz vor der Konferenz kommt, schmälert die Aussage nicht, erfordert aber eine zeitnahe Umsetzung. Denn die Limbach-Kommission ist seit langem überlastet. Es fehlt an Finanzmitteln und Personal. Gebraucht werden hier mehr als Goodwill und gute Worte. Das gilt auch für die Erklärung, die der amerikanische Sonderbeauftragte des US-Außenministers, Stuart Eizenstat, und Staatsministerin Grütters unterschrieben haben. Positiv sehe ich hier vor allem, dass die Digitalisierung der Museumsbestände vorangebracht und online gestellt werden soll. Aber auch das ist ohne eine entsprechende finanzielle Förderung nicht zu haben.

Die Konferenz hat überdeutlich gezeigt: Wir stehen am Anfang eines langen Prozesses. Über 5700 restituierte Werke sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht mehr. Es bleibt sehr viel zu tun, auch auf Länderebene. Eine eher unrühmliche Rolle in Sachen Restitution spielt dabei Bayern. Der frühere Kultusminister Ludwig Spaenle war deutlich uninteressiert an dem Thema. Jetzt ist er Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für Jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe. Damit sollte er auf der Seite der Erben stehen – eine Rolle, die er bisher nicht ausfüllt.